

Positionspapier der Legida

Präambel

Die Legida ist eine Bürgerbewegung patriotischer Menschen der gesellschaftlichen Mitte, denen Fremdenhass, Rassismus und Extremismus fremd sind. Uns ist bewusst, dass die Situation in einigen Ländern dazu führt, dass Menschen zum Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit flüchten müssen. Wir unterstützen die befristete Aufnahme von Flüchtlingen gemäß Genfer Konvention.

Der Erhalt der christlich-jüdisch wertgeprägten Kultur in unserem Land und in Europa muss von den Politikern und Kirchen stärker in den Focus des Handelns gerückt werden, insbesondere sollte bei der Erziehung unserer Kinder mehr auf die Vermittlung von Werten geachtet werden. Anderen Religionen steht natürlich das Recht auf freie Religionsausübung zu, jedoch sollten diese dabei unsere Gesetze und unsere Kultur achten. Insbesondere richtet sich unser Protest gegen Hasspredigen, gewaltorientiertem Koranunterricht und Unterdrückung anderer Meinungen und Religionen durch islamistische Verbände und Vereinigungen. Die politisch Verantwortlichen in unserem Land sollten Sorge dafür tragen, dass islamistische Einflüsse auf unsere Kultur, gleich welcher Art, unterbunden werden. **Explizit richtet sich unsere Bürgerbewegung NICHT gegen hier lebende Angehörige anderer Religionen und Kulturen, die unsere Gesetze und Kultur achten und respektieren.**

Maßnahmen:

Zum Erhalt und zur Verbesserung unserer Demokratie, unserer Kultur und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sehen wir folgende Maßnahmen als unerlässlich an:

01. Schaffung eines Einwanderungsgesetzes (USA, Schweiz; Südafrika)
02. Keine Multikultur auf Regierungsbefehl, sondern Entscheidungsfreiheit der Gesellschaft
03. Würdige Erinnerung an unsere Geschichte, jedoch keine Generationenhaftung
04. Revision und Rücknahme der Polizeireform sowie massiver Personalaufbau bei Polizei und Zoll
05. Reform des Steuerrechts
06. Reformation des Schul- und Bildungssystems
07. Pflicht zu Volksentscheiden bei bestimmten Beschlüssen auf allen politischen Ebenen

Desweiteren müssen dringend Maßnahmen getroffen werden, die unsere Demokratie, den Erhalt unserer Kultur und den Frieden in Europa langfristig sichern:

- 01: Änderung und Anpassung des Grundgesetzes sowie, perspektivisch, Erarbeitung einer Verfassung
- 02: Änderung des Wahlgesetzes sowie Wahl der Richter und Staatsanwälte durch das Volk
03. Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk
04. Verschärfung des Strafrechts
05. Reform des Gleichstellungsgesetzes (Gender Mainstreaming)
06. Normalisierung des Verhältnisses zur Russischen Föderation
07. Europa als Verbund starker Nationalstaaten (Vereinigte Staaten von Europa) unter Einbeziehung Russlands
08. Bürgerentscheid über eine EU-Verfassung und wesentliche EU-Gesetze in allen Nationalstaaten der EU
09. Überprüfung der Sinnhaftigkeit eines Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada sowie Einstellung des Rüstungsexportes in Länder außerhalb der NATO und der EU
10. Sofortige Einstellung staatlicher Finanzierungen von außerparlamentarischen politischen Vereinigungen

Die im Positionspapier aufgeführten Maßnahmen sind offensichtliche Missstände, die seit Jahren von verschiedensten Bürgerbewegungen und Vereinigungen, aber auch von Betroffenen angesprochen werden. Die Liste ließe sich beliebig erweitern, wir haben uns, zumindest zunächst, auf die Benennung der dringendsten Probleme beschränkt. Wir sind uns bewusst, dass bei Erlass vieler Gesetze die heutige Problemstellung nicht bestand und die Welt eine ganz Andere war.

Erklärung zum Positionspapier der Legida:

Maßnahmen:

zu Punkt 01:

Da die Zahl der Einwanderer, auch bedingt durch unsere zu niedrige Geburtenrate und die Überalterung der Gesellschaft, immer mehr zunimmt, ist ein Einwanderungsgesetz notwendig. Dieses Gesetz hat zu regeln, wie viele Menschen unter welchen Voraussetzungen nach Deutschland einwandern dürfen, wie lange sie bleiben dürfen und unter welchen Bedingung sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Auch ist zu prüfen, ob eine Einwanderung von bestimmten Fachkräften eine Schwächung der Herkunftsländer nach sich zieht. In diesen Fällen müssen Regelungen gefunden werden, die die Herkunftsländer angemessen entschädigen. Weiterhin sollte ein Umdenken in Bezug auf die Entwicklungshilfe einsetzen. Die bisherige Entwicklungshilfepraxis beschränkt sich größtenteils auf die Lieferung von Lebensmitteln, Trinkwasser und Medikamenten, ohne dabei wirkliche Entwicklungshilfe zu leisten.

zu Punkt 02:

Auch wir Deutschen leben seit über 1000 mit dem und vom Einfluss anderer Kulturen, jedoch hatten die Menschen in den jeweiligen Gesellschaften immer Zeit, sich anderen Kulturen zu öffnen. Wir sind uns bewusst, dass die Welt und ihre Kulturen immer rasanter Veränderungen unterworfen sind. Veränderungen auf Regierungsbefehl oder Anordnung funktionieren jedoch nicht, eher sollte es man den Menschen in der Gesellschaft überlassen, zu verwachsen, und ihnen auch die Zeit dazu zu geben.

zu Punkt 03:

Die BRD ist NICHT Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Die heutigen Angehörigen der deutschen Nation waren, bis auf wenige Ausnahmen, nicht am Krieg beteiligt. Die internationale Staatengemeinschaft schließt eine generationenübergreifende Haftung sowie Sippenhaftung aus. Argumentativ werden wir jedoch, sowohl innen- wie auch außenpolitisch, mit dem Deutschen Reich und dem damit verbundenen zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht. Es geht definitiv nicht darum, irgendetwas zu leugnen, zu vergessen oder zu revidieren. Allerdings müssen andere Wege gefunden werden, um in jungen Menschen eine Ablehnung von Krieg, Gewalt und Diktatur zu entwickeln.

Punkt 04:

Die durchgeführte Polizeiform in vielen Ländern und bei Bund hat effektiv zu massivem Stellen- und Sachmittelabbau geführt. Neben dem Effekt, dass viele Polizeibeamte Überstunden aufbauen und teilweise über ihre Leistungsgrenze hinaus Dienst tun müssen, ist durch fehlende Kräfte auch die öffentliche Ordnung, vor allem in Brennpunktregionen, gefährdet. Zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und der Durchsetzung von Mindestlöhnen fehlt den Hauptzollämtern Personal. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, der nicht darin bestehen darf, dass fiktive, aber nicht besetzte Stellen geschaffen werden.

zu Punkt 05:

Deutschland hat das komplizierteste und umfangreichste Steuersystem der Welt, aber auch die höchste Anzahl an Steuerberatern. Das Steuerrecht, was zudem den Einzelunternehmer gegenüber der Kapitalgesellschaft, den Arbeitnehmer gegenüber dem Beamten, Selbständigen und den Spekulanten gegenüber dem Sparer ungleich behandelt, muss drastisch vereinfacht und gerechter gestaltet werden, auch auf die Gefahr hin, dass 80% der Steuerberater arbeitslos werden. Der steuerfreie Grundfreibetrag muss erheblich angehoben und am Ehegattensplitting festgehalten werden. Der Ausgleich kann über eine maßvolle Anhebung (3%) der Spitzensteuersätze (42% und 45% auf 45% und 48%) erfolgen. Die deutsche Wiedervereinigung ist fast 25 Jahre her, daher sollte der Soli ersatzlos gestrichen werden.

Punkt 06:

Das ehemalige Schul- und Bildungssystem der DDR war hinsichtlich seiner Organisation, Struktur und Lehrplanes Weltspitze. Finnland hat dieses System 1990 übernommen und belegt seit 1995 in fast allen internationalen Vergleichen Platz 1. Das Schulsystem in unserem Land sollte erstens zentralisiert werden, um die Qualität der Bildungsabschlüsse zu vereinheitlichen. Weiterhin sollte das ehemalige DDR- Bildungssystem auch in unserem Land eingeführt werden.

Punkt 07:

Änderungen des Grundgesetzes müssen der direkten Zustimmung des Volkes bedürfen. Weiterhin müssen für Gesetze, die unsere Währung und unsere Souveränität betreffen sowie gleichgeartete internationale Verträge (beispielsweise EU-Verträge) ebenfalls die direkte Zustimmung des Volkes eingeholt werden. Das sollte auch für bereits erlassene Gesetze und geschlossene Verträge der letzten 10 Jahre gelten. Über die Zustimmungspflicht über weitere Gesetze, Verordnungen und Verträge sollte der Bundespräsident im Einzelfall entscheiden. Desweiteren kann jeder Bürger einen Antrag auf eine direkte Zustimmung zu einem Gesetz oder einer Verordnung stellen, wenn er mindestens 3% der Wahlberechtigten als Befürworter gewinnt.

Weitere Maßnahmen:

Punkt 01:

In den Artikel 1 muss der Tierschutz aufgenommen werden, da die christlich geprägten Werte unserer Kultur die Achtung vor dem Leben unabdingbar machen.

(Der Tierschutz ist zwar in Artikel 20a GG als Staatsziel definiert, jedoch muss er klar benannt werden und auch über der Religionsfreiheit stehen (Schächtung von Tieren))

Artikel 4 sollte wie folgt geändert werden:

...im Rahmen unserer Gesetze, Verordnungen und unter Beachtung unserer Kultur, insbesondere GGS Art.1 und 2.....

(damit wird die Religionsfreiheit in keiner Weise eingeschränkt, sondern nur auf die Veränderungen hinsichtlich der Anzahl der Angehörigen anderer Religionen und den damit entstehenden Problemen, vor allem mit Angehörigen des Islams, reagiert)

Artikel 7 Abs.3 sollte wie folgt geändert werden:

..Grundsätzen der christlichen Religionsgemeinschaften.....

(Auch hier muss auf, gegenüber dem Zeitpunkt des Erlasses des Grundgesetzes und der heutigen Zeit, Veränderungen reagiert werden. Die Schulbildung im Fach Religion in Deutschland erfolgt auf der Basis unserer christlichen Werte und der christliche Lehre. Als das Grundgesetz erlassen wurden, stellte sich nicht die jetzige Frage nach islamischen Religionsunterricht. Andersgläubige und

atheistische Kinder haben jedoch die Möglichkeit, an Stelle des Religionsunterrichts den Ethikunterricht zu besuchen.)

Das Grundgesetz sollte um einen Paragraphen erweitert werden:

"Die Amtssprache in der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch. In Gebieten, in denen sorbische, flämische oder dänische Minderheiten leben, ist eine zweite Amtssprache zulässig. Die Entscheidung darüber trifft das jeweilige Landesparlament."

Desweiteren ist das Recht auf Heimat und unsere nationalen Werte in das Grundgesetz aufzunehmen.

In weiten Teilen der Bevölkerung besteht der Wunsch nach einer Verfassung. Dazu muss eigentlich nur das Wort "Grundgesetz" durch das Wort "Verfassung" ersetzt werden.

Punkt 02:

Die Höchstanzahl der Legislaturperioden, in denen ein Bürger als Abgeordneter des Bundestages oder eines Landtages tätig sein darf (inkl. Bürgerschaft Bremen und Hamburg), wird auf insgesamt zwei begrenzt. Eine anschließende Tätigkeit als Angestellter oder Beamter des Bundes, eines Landes oder eines Staatsbetriebes wird für die Dauer von fünf Jahren untersagt. Sollte ein Beamtenverhältnis schon vor der Abgeordnetentätigkeit bestanden haben, darf dieses fortgeführt werden. Desweiteren sind Richter und Staatsanwälte direkt vom Volk zu wählen, um ihre politische Unabhängigkeit zu garantieren, da derzeit Richter und Staatsanwälte von den Justizministern der Länder bzw. vom Bundestag eingesetzt werden und ihre Beförderung von diesen Personen bzw. Organen abhängig ist.

(Die im Bundestag vertretenen Parteien verkörpern das politische Meinungsbild von 1,5% der Bundesbürger. Rechnet man die in den Landtagen vertretenen Parteien dazu, sind es 1,6%. Da also nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung zur politischen Meinungsbildung und damit dem Regierungskurs beiträgt, ist in dem zu ändernden Wahlgesetz eine Abkehr von der Landesliste unumgänglich und andere, volksnähere Möglichkeiten der Parlamentsbildung zu finden.

Abgeordneter ist kein Beruf, sondern eine befristete Berufung. Das existierende Berufsparlamentarientum führt jedoch dazu, dass der Abgeordnete von seinem Recht auf freie Mandatsausübung keinen Gebrauch machen kann, wenn er von seiner Partei wieder als Kandidat aufgestellt werden will. Die herrschende Praxis, dass die Wirtschaft und einzelne Unternehmen Lobbyverbände unterhalten, die direkten Einfluss auf die Gestaltung unserer Politik nehmen, muss beendet werden.)

zu Punkt 03:

Der Bundespräsident sollte für die Dauer von vier Jahren vom Volk direkt gewählt werden. Eine erneute Kandidatur sollte nur nach Volksentscheid möglich sein. Als Bundespräsident sollte gewählt werden, wer das 50. Lebensjahr vollendet hat, keiner politischen Partei oder Vereinigung angehört bzw. in den letzten 5 Jahren vor der Wahl angehört hat, eine verdiente Persönlichkeit der Gesellschaft ist und sich um das Wohl des Volkes verdient gemacht hat. Zu den Aufgaben des Bundespräsidenten sollte die Prüfung der zu erlassenden Bundes- und Landesgesetze, ihr demokratisches Zustandekommen und ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz sein. Weiterhin sollte er jederzeit ein zu erlassendes Gesetz dem Volk zur direkten Abstimmung vorlegen dürfen. Der Bundespräsident ist der Wächter über unsere Demokratie und unsere Kultur, daher sollte er aus der Mitte der Gesellschaft durch das Volk zu rekrutiert werden.

zu Punkt 04:

Das Strafgesetz muss, unter anderem, in Bezug auf den Handel mit Betäubungsmitteln, sexuellen Missbrauch von Kindern und Schutzbefohlenen sowie den Handel und Besitz von Kinderpornographie drastisch verschärft werden und muss generell mit einer Androhung einer Mindestfreiheitsstrafe von über zwei Jahren, ohne die Möglichkeit einer Geldstrafe, bewährt sein. Desweiteren scheint es geboten, völlig neue Taten, die über die Vernetzung von Personen über das Internet entstehen, zu bewerten und ggf. als Straftat zu bewerten. Weiterhin sollten Staatsanwaltschaften und Gerichte personell so aufgestellt sein, dass die hohe Anzahl an personell bedingter Verfahrenseinstellungen drastisch reduziert werden kann.

zu Punkt 05:

In unserer Kultur hat sich über Jahrhunderte die geschlechtsspezifische Anrede bewährt. Diese soll auch beibehalten werden. Weiterhin hat es sich als unsinnig erwiesen, geschlechtsspezifische Berufe und Tätigkeiten (Hebamme, Bergmann, Schmied) auch für das jeweils andere Geschlecht zugänglich zu machen. Weiterhin muss die, durch das Gleichstellungsgesetz sicher nicht beabsichtigte, freie Schulwahl für Eltern von lernbehinderten Kindern überprüft werden, da oftmals NICHT im Interesse der Kinder gehandelt wird. Bezüglich der Gleichstellung von Frauen ist unsere Gesellschaft so weit entwickelt, dass darüber kein Gesetzgeber mehr befinden muss, da Frauen unserer Kultur den Männern bereits völlig gleichgestellt sind. Anders hingegen stellt sich das Problem bei muslimischen Frauen dar. Hier muss wiederum auf die Änderung des Grundgesetzes hinsichtlich Art.4 verwiesen werden.

zu Punkt 06:

Der Konflikt in der Ukraine wurde durch die EU und die USA herbeigeführt. Deutschland steht gegenüber der Russischen Föderation durch unseren ehemaligen Außenminister Genscher im Wort. Er hat 1990 Russland zugesichert, dass sich die NATO nicht östlich ausdehnt. Im Ukraine Konflikt geht es nur um die ureigensten Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation, die Bürger der Ukraine werden als Spielball missbraucht. Die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen werden die deutsche Wirtschaft schwer treffen und es ist von einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit auszugehen. Weiterhin verschärft die Wirkung der Sanktionen in der Russischen Föderation die Sicherheitslage in Europa massiv. Weiterhin ist eine einig Europa ohne die Beteiligung Russlands kaum sinnvoll.

zu Punkt 07:

Die Nationalstaaten der EU haben Teile ihre Souveränität an das EU-Parlament übertragen. In einigen Punkten wird diese Souveränitätsabgabe zu Nachteil einzelner Nationalstaaten missbraucht. Aktuell wurde Deutschland verurteilt, Kindergeld in der Höhe des deutschen Kindergeldes an alle innereuropäischen Kindergeldberechtigten, die in Deutschland polizeilich gemeldet sind, zu zahlen. Auch haben innereuropäische Bürger, wenn sie hier leben und dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, nach wenigen Monaten den vollen Anspruch auf Sozialleistungen. Asylbewerber und Asylanten müssen lt. EU in Deutschland die gleichen Leistungen erhalten wie ein deutscher Sozialhilfeempfänger. Es liegt also auf der Hand, dass das EU-Parlament und der europäische Gerichtshof für eine sozial motivierte Wanderbewegung innerhalb der EU und einen Flüchtlingsstrom von außerhalb der EU in die deutschen Sozialsysteme sorgen! Dass ein Asylant in das Land will, wo er die höchste Leistung zu erwarten hat, ist menschlich verständlich, darf aber die Staaten der europäischen Union nicht dazu verleiten, dieses Verhalten auszunutzen. Es müssen einheitliche Regelungen bezüglich der Leistungen an Asylantragsteller und Asylanten geschaffen werden, die in jedem Land der EU gleich sind. Auch muss es einen gerechten Verteilungsschlüssel innerhalb der EU-Staaten für Flüchtlinge geben.

zu Punkt 08:

Ein gemeinsames Europa kann nur ein Europa der Völker, unter Beibehaltung ihrer nationalen Identität, sein. Bisher ist es ein Europa der Politiker. Daher muss der Wille der nationalen Völker für ein gemeinsames Europa und gemeinsamen Gesetzen und Normen auch von den Völkern direkt manifestiert werden. Es sollte ein Europaparlament geben und die völlig überdimensionierte Bürokratie inklusive der Kommissionen abgeschafft werden. Das EU-Parlament beschließt Regelungen, die dann sinnvoll sind, wenn sie in allen EU-Ländern gültig sind. Europa muss den Bürgern besser erklärt und mit verständlichen Worten erläutert werden.

zu Punkt 09:

Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA dient nur den USA und der Erschließung des europäischen Marktes für die amerikanische Wirtschaft. Die negativen Folgen für die europäische Wirtschaft wären unabsehbar! man sollte eventuell über eine Befristung des Abkommens nachdenken, um nach einem Befristungszeitraum negative Auswirkungen abschätzen zu können. Die Rüstungsexporte in Länder wie Pakistan, Syrien, Libanon oder einige afrikanische Länder fördern Kriege und führen zu menschlichem Leid und Flüchtlingen.

zu Punkt 10:

Mit der staatlichen Finanzierung von Parteien ist der Pflicht des Staates, die politische Meinungsbildung zu fördern, Genüge getan. Weitergehende Finanzierungen von außerparlamentarisch tätigen politischen Vereinigungen sind daher nicht notwendig, da allein die Vielfalt der politischen Parteien ausreichend Möglichkeit bietet, sich politisch zu betätigen.

Nachwort:

In den letzten 20 Jahren hat es in der Welt starke Veränderungen gegeben, die ihre Ursachen auch in der Existenz eines immer schnelleren und überall verfügbaren Internets und dem allgemeinen technischen Fortschritt haben. Auch Bürgerkriege und Revolutionen tragen einen Teil dazu bei. Diese Veränderungen dürfen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern es muss darauf reagiert werden. Menschen darf man dabei nicht ausgrenzen, aber Europa kann nicht die halbe Welt aufnehmen. Der Wohlstand in Europa ist das Produkt einer wertbeständigen und menschenorientierten Kultur, die durch christlich-jüdische Werte geprägt ist. Ein Niedergang dieser Kultur, der ja schon bemerkbar ist, hätte negative Auswirkungen auf die ganze Welt. In Europa gibt es viele Religionen, die von ihren Angehörigen völlig angepasst gelebt werden. Buddhisten, Mormonen, Quäker, Zeugen Jehovas und Adventisten sind nur einige davon, die völlig harmonisch mit Christen, Juden und Atheisten leben. Nun muss die Frage gestellt werden, warum das nicht auch **ALLE** Muslime können? Warum muss es für einige von ihnen Sonderregelungen geben, obwohl die übergroße Mehrheit von ihnen hier sehr fortschrittlich und angepasst lebt? Warum hat der gute Ruf der riesigen Menge von Bürgern mit ausländischen Wurzeln unter einer kleinen Gruppe von Ausländern, die sich nicht an unsere Gesetze halten, zu leiden?

Die Menschen müssen sich wieder stärker auf unsere Werte besinnen. Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Achtung vor dem Leben, Gewaltlosigkeit und Toleranz sollten gegenüber Gier, Raffsucht, Niedertracht und Intrigen im Vordergrund stehen. Auch sollten viele Menschen wieder den Weg in die Kirche finden oder zumindest sich wieder den Werten des christlichen Glaubens zuwenden. **Jesus gibt uns nicht nur Kraft und Hoffnung, sondern auch die Weisheit, Dinge zu verstehen und zu ändern!**